

Rede von Konrad Adenauer (London, 14. Mai 1953)

Legende: Anlässlich eines Besuchs in Großbritannien unterstreicht der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. Mai 1953 die Notwendigkeit der europäischen Integration und betont die Bedeutung des Vereinigten Königreichs für den Einigungsprozess.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 16.05.1953, Nr. 91. Bonn: Deutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_konrad_adenauer_london_14_mai_1953-de-6c061c1d-ed95-4bf3-aa2c-12fd0c624296.html

Publication date: 22/10/2012

Integration Europas eine gebieterische Notwendigkeit

Wirtschaftliche und politische Gründe fordern die Vereinigung Rede des Bundeskanzlers vor der Weltpresse

Bundeskanzler Dr. Adenauer hielt zu Beginn seines zweitägigen Besuchs in Großbritannien am 14. Mai 1953 vor dem Internationalen Presse-Institut in London, vor mehr als 250 Verlegern und Redakteuren der Weltpresse, folgende Rede:

Sie haben mich eingeladen, auf Ihrer diesjährigen Generalversammlung zu sprechen. Ich betrachte diese Einladung als eine Auszeichnung. Es ist gewiß selten ein Gremium verantwortlicher Journalisten aus allen Teilen der freien Welt zu finden, wie es eine Versammlung der Mitglieder des Internationalen Presseinstituts darstellt. Sie werden von mir als Politiker eine politische Rede erwarten, und ich habe nicht die Absicht, diese Erwartung zu enttäuschen. Aber Sie werden mir einige Worte über die Bedeutung der Presse in unserer Zeit und über die Gefahren, deren sich die Presse m. E. ausgesetzt sieht, gestatten. In Ihren Statuten steht, daß Sie sich zum Ziel gesetzt haben, die Freiheit der Presse zu fördern und zu schützen. Sie verstehen unter der Freiheit der Presse freien Zugang zu den Nachrichten, freie Übermittlung der Nachrichten, freie Herausgabe von Zeitungen und generelle Meinungsfreiheit. Ich bin davon überzeugt, daß die Freiheit der Presse, wie sie in Ihren Statuten definiert ist, tatsächlich ein wesentliches Kriterium der demokratischen Ordnung geworden ist. Wo sie fehlt, ist dieses ein sicheres Zeichen dafür, daß undemokratische Kräfte das öffentliche Leben bestimmen. Die Verteidigung der Pressefreiheit, da wo sie besteht, und die Forderung nach Pressefreiheit, da wo sie unterdrückt wird, ist eine Aufgabe, die nicht nur allein von der Presse selbst in Angriff genommen und zu einem guten Ende geführt werden kann. Auch die Parlamente und die Regierungen der freien Länder müssen sich dieser Aufgabe annehmen.

Aber immer, wenn der Staat sich mit der Presse beschäftigt, entsteht leicht die Gefahr, daß staatliche Maßnahmen — auch wenn sie von noch so guten Absichten geleitet sind — als Eingriff in die Pressefreiheit empfunden werden. Ich meine, daß die Presse grundsätzlich auch sich selbst eine Ordnung setzen sollte, wo sich Freiheit mit dem Willen nach Wahrhaftigkeit und dem Respekt vor Sitte und Anstand verbindet. Die Staaten und Regierungen sollten sich auf das geringstmögliche Maß staatlicher Bestimmungen beschränken. Die Staaten sollten weiter die Freiheit der Meinung durch Gesetze schützen und im Verkehr untereinander Vereinbarungen schaffen, die den Journalisten über die Grenzen hinweg Bewegungsfreiheit geben und ihnen die erforderlichen Informationsquellen erschließen.

Größere Verantwortung der Publizistik denn je

Es ist wohl sicher, daß das Pressewesen und die moderne Nachrichtengebung in großen Teilen unserer Welt ständig derart ausgedehnt worden ist, daß der moderne Mensch sozusagen die ganze Welt gleichzeitig erlebt. Dieser Fülle ist der Mensch noch nicht gewachsen, er kann nicht alles in sich aufnehmen, und was die Hauptsache ist, geistig verarbeiten. Infolge dieser Entwicklung sind viele Menschen in ihrem geistigen Leben verflacht und haben nur noch Sinn für die allerneueste Nachricht, die desto besser erscheint, je sensationeller sie ist oder aufgemacht ist. Die Nachrichtengebung legt es m. E. zu sehr auf die Erregung des Menschen an. In einem Zeitalter, in dem große Entfernungen in wenigen Stunden zu überbrücken sind, in dem Waffen ersonnen werden, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten die kühnste Phantasie nicht träumen ließ, wird keineswegs jede zu schnellen und gefährlichen Entschlüssen drängende Erregung bekämpft, sondern oft bewußt aufgepeitscht. Alle Mittel der öffentlichen Meinungsbildung tragen heute eine größere Verantwortung denn je zuvor.

Sicherlich ist die bemerkenswerteste Erscheinung der gegenwärtigen Publizistik ihre außerordentliche Erweiterung durch den Rundfunk und das Fernsehen. Ich darf zur Illustration einige Zahlen anführen: In England überwiegt die Zahl der Zeitungsleser noch die der Rundfunkhörer und Fernsehler. In Deutschland halten sich Zeitungsleser und Rundfunkhörer ungefähr die Waage. Einer Auflage von 12,5 Millionen der täglichen Zeitungen entsprechen 12 Millionen registrierte Rundfunkhörer. In den Vereinigten Staaten dagegen, in denen die technische Entwicklung schneller voranschreitet, stehen 54 Millionen Zeitungen etwa 80 bis 90 Millionen Rundfunkhörern und schon jetzt etwa 16 Millionen Fernsehern gegenüber. Oft werden

Zeitungsleser auch Rundfunkhörer und neuerdings auch Fernseher sein, aber vielfach wird an die Stelle des gedruckten Wortes das akustische und optische Miterleben treten. Das kommt dem Drang der heutigen Menschen, überall dabei zu sein, den Reiz der Unmittelbarkeit zu spüren, außerordentlich entgegen.

Ich würde es für bedauerlich halten, wenn die Presse versuchen würde, sich den Gesetzen, die den Rundfunk und das Fernsehen bestimmen, zu unterwerfen. Begibt sie sich auf das gleiche Gebiet, so wird sie den kürzeren ziehen. Die Presse sollte ihrer Tradition treu bleiben und sich auf die volle Entfaltung ihrer großen Möglichkeiten besinnen, das Wesentliche, die Essenz aus der ungeheuren Flut der Aktualitäten auszuwählen und zu verarbeiten und dadurch einer gesunden Urteilsbildung zu dienen.

Lassen Sie mich nun zu meinem politischen Thema kommen. Ich möchte zu Ihnen von der Formung Europas sprechen, von unserer Arbeit für die Vereinigung Europas. Zunächst möchte ich sagen, daß sich der Standpunkt der Betrachtung in den letzten Jahren etwas verschoben hat, und zwar zu Unrecht. Viele Beobachter sehen den Vorgang der europäischen Integration heute fast ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Bedrohung durch den Osten. Diese Betrachtungsweise wird dem Problem nur teilweise gerecht. Sicherlich ist eine Bedrohung vorhanden. Die Gegenwart von 140 sowjetrussischen Divisionen in den westlichen Gebieten Sowjetrußlands, zu denen noch etwa 60 bis 70 Divisionen der sowjetischen Satellitenstaaten treten, ist eine Tatsache, die niemand leugnen kann. Diese ständige Bedrohung hat auf die Arbeit für die Zusammenfassung der geistigen materiellen Kräfte in Europa Einfluß ausgeübt. Aber es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß sie die europäische Einigungsbewegung ausgelöst hat. Durch zwei Weltkriege ist die wirtschaftliche und politische Stellung Europas in der Welt stark gesunken. In der Welt vor 1914 war das Europa der mächtigen und hochentwickelten Nationalstaaten in jeder Weise führend. Heute ist es sowohl wirtschaftlich als auch militärisch zumindestens von zwei Großmächten überflügelt worden, die aus geräumigen Zusammenschlüssen entstanden sind. Es mag unsere nationale Eigenliebe verletzen, aber wir müssen eingestehen, daß keiner der europäischen Nationalstaaten heute auf sich allein gestellt in der Lage ist, seinen Bürgern Wohlfahrt und Freiheit zu garantieren und das nationale Territorium ausreichend zu schützen. Die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, zu denen auch militärpolitische Gründe treten, ist unbestreitbar. Dieser Zusammenschluß ist die logische und natürliche Entwicklungsstufe der europäischen Geschichte. Auch nach einem Abklingen der jetzigen Ost-West-Spannungen bleibt er eine gebieterische Notwendigkeit.

Ich möchte unterstreichen, daß ein derartiger Zusammenschluß neue innereuropäische Kriege unmöglich macht und damit einen unschätzbaren Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt darstellt. Die Männer, die bereit waren, nach dem zweiten Weltkrieg die Lehren der Geschichte in politische Taten umzusetzen, haben den ersten Schritt auf dem Gebiet von Kohle und Stahl getan. Sie wußten, daß eine innige Verzahnung und Verflechtung, der Schwerindustrie in den europäischen Ländern einen militärischen Konflikt unter diesen Ländern praktisch unmöglich machen würde und daß darüber hinaus eine Zusammenfassung der Interessen auf diesem Gebiet eine Koordinierung von vielen anderen wirtschaftlichen Gebieten notwendig zur Folge haben würde. Den Baumeistern der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl war klar, daß, wenn der erste Schritt einmal getan war, auch die Notwendigkeit einer politischen Koordinierung sich zeigen werde.

Als nach der kommunistischen Aggression in Korea die freie Welt gezwungen war, beschleunigt den Aufbau eines ausreichenden Verteidigungssystems einzuleiten, stellte sich die Frage nach einem deutschen Beitrag. Man hat die Lösung dieses Problems zum Anlaß genommen, um auch auf diesem Gebiet Kräfte in einer neuen europäischen Form miteinander zu verbinden. Inzwischen sind auch die Pläne für eine umfassende wirtschaftliche Integration durch eine niederländische Initiative zur Bildung eines gemeinsamen Marktes vorangetrieben worden, und die Krönung des Integrationswerkes durch eine politische Gemeinschaft, die in sich alle bisherigen Teilzusammenschlüsse aufnehmen soll, ist bereits sichtbar. Ich komme soeben aus Paris, wo der Rat der Außenminister sich eingehend mit dem Entwurf einer politischen Gemeinschaft beschäftigt hat. Der Ministerrat ist übereingekommen, zum 12. Juni eine Regierungskonferenz einzuberufen, die unter der Führung der Minister selbst, ausgehend von dem von der ad-hoc-Versammlung ausgearbeiteten Entwurf, über die Gestalt der politischen Gemeinschaft einen definitiven Vorschlag ausarbeiten soll.

Die europäische Gemeinschaft ist gegenwärtig auf 6 Mächte beschränkt. Dieser Umstand wird uns von unseren Kritikern oft entgegengehalten. Es heißt, wir seien dabei, ein Klein-Europa aufzubauen. Das Gegenteil ist richtig. Die supranationale Gemeinschaft von 6 Staaten hat sich als der Kern der europäischen Integration erwiesen. Diese Gemeinschaft hat keinerlei exklusiven Charakter. Sie ist im Gegenteil darauf angewiesen, auf dem Wege der Assoziierung ihrer Aktivität mit anderen Staaten zu harmonisieren. Sie hat nur dann Aussicht auf Dauer und Bestand, wenn sie im Einklang mit den Zielen der ganzen freien Welt handelt und diesen Zielen dient. Ich möchte das am Beispiel des Verhältnisses der angelsächsischen Mächte zu der europäischen Gemeinschaft erläutern. Lassen sie mich hier sagen, daß wir mit tiefer Befriedigung von der mit großer Mehrheit beschlossenen Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 11. Mai Kenntnis erhalten haben, auf Grund deren die Regierungen der 6 Länder der Gemeinschaft Kohle und Stahl aufgefordert werden, über den Entwurf für eine politische Gemeinschaft schnell zu einer Entscheidung zu kommen.

Der Beitrag Großbritanniens

Die Stellung Großbritanniens zu den europäischen Gemeinschaften ist von besonderer Bedeutung. Nach Auffassung der britischen Regierung und des britischen Parlaments kann Großbritannien wegen seiner Verpflichtungen innerhalb des britischen Commonwealth nicht unmittelbar Mitglied der supranationalen Gemeinschaften sein. Es hat aber bewiesen, daß es mit Hilfe der Assoziation möglich ist, einen fruchtbaren, ja in vieler Hinsicht entscheidenden Beitrag zur europäischen Einheit zu leisten. Das gilt auf politischem, auf wirtschaftlichem und nicht zuletzt auf militärischem Gebiet. England hat dadurch, daß es einen großen Teil seiner besten Truppen auf dem Kontinent stationiert hat, wesentlich dazu beigetragen, das Gefühl der Solidarität innerhalb der freien Völker Europas zu stärken.

So wie die europäische Gemeinschaft mit Großbritannien verbunden ist, so ist sie auch in das größere Gefüge der Gemeinschaft der freien Völker eingeordnet. Die Vereinigten Staaten haben nach dem zweiten Weltkrieg in einer in der Geschichte einzigartigen Weise dem Wiederaufbau und der Einigung Europas ihre Hilfe angedeihen lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sieht mit Recht in der europäischen Gemeinschaft einen Eckpfeiler der Nordatlantikorganisation. Sie sieht in der Integration und Einigung Europas die Garantie dafür, daß der alte Kontinent wieder in vollem Umfange lebensfähig wird und einen seiner Geschichte und seinem Rang angemessenen Platz einnehmen kann. Im Gegensatz dazu haben wir sehen müssen, daß die Sowjetunion mit allen Mitteln versucht hat und noch versucht, das Werk der europäischen Einigung zu stören und wenn möglich zu verhindern. Ich glaube nicht, daß die Furcht vor einem Angriff Frankreichs, Italiens oder Deutschlands das Motiv für diese Politik der Sowjetunion ist. Man wird auch im Kreml wissen, daß angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses eine derartige Angriffshandlung einfach undenkbar ist, ganz davon abgesehen, daß keine der europäischen Regierungen ihr Land einem Kriege aussetzen kann, der mit Sicherheit namenloses Unglück und totale Zerstörung nach sich ziehen würde. Auch sind alle Verträge, die der Westen geschlossen hat, ausschließlich gegen eine Aggression gerichtet. Sie verhindern ihrer ganzen Struktur nach jede Angriffshandlung von selten der vertragsschließenden Mächte.

Das Motiv der Politik Moskaus

Das wahre Motiv der sowjetischen Politik gegenüber dem Zusammenschlusse Europas entspringt der Erkenntnis, daß in der Tat die europäische Gemeinschaft ein weiteres Vordringen des Kommunismus unmöglich und alle Hoffnungen auf eine Eroberung Europas auf dem Wege des kalten Krieges zunichte macht.

Ich hoffe, zusammen mit dem britischen Premierminister, zusammen mit Präsident Eisenhower, zusammen mit meinen Kollegen im europäischen Ministerrat, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die Sowjetunion erkennt, daß ihre bisherige Politik Rußland keine Vorteile bringen kann und daß Wohlfahrt und Sicherheit auch des russischen Volkes besser durch eine ehrliche Politik des Ausgleichs gewährleistet werden können. Wir sollten unbeirrt unseren Weg weitergehen, den wir als richtig erkannt haben, unsere Arbeit fortsetzen, die allen nützlich ist und die niemanden bedroht. Daß alle Möglichkeiten, zu echten Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland zu kommen, wahrgenommen werden müssen, entspricht dem aufrichtigen Willen dem

Frieden, der die ganze westliche Welt erfüllt. Wir sehen sehr wohl die Schwierigkeiten, die einem so großartigen und umfassenden Vorgang, wie dem der Einigung Europas entgegenstehen. Wir finden aber in der Entstehungsgeschichte der Nationalstaaten genügend Beispiele dafür, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Wir gewinnen dort die Erfahrung, daß die Einigung innere Wirren und Kriege beendet und eine Zeit friedlicher Zusammenarbeit einleitet.

Ein überzeugendes Beispiel ist insbesondere die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Die Urkantone haben sich zunächst zusammengeschlossen, um dem Druck Habsburgs zu widerstehen. Allmählich hat sich dann die Gemeinschaft durch freiwilligen Anschluß vergrößert. Landesteile und Gemeinwesen, die zunächst nicht unmittelbare Mitglieder der Eidgenossenschaft zu sein wünschten, waren ihr, wie es hieß, „zugewandt“. In der Sprache der europäischen Integration würden wir heute sagen, sie waren assoziiert. Der Wirklichkeitssinn der Schweizer hat das Problem der vier Sprachen und der verschiedenen wirtschaftlichen Struktur überwunden. Er hat die Erinnerung an viele vorangegangene Fehden in einem positiven Sinne für die Eidgenossenschaft fruchtbar gemacht. Diesem wahrhaft politischen Sinn verdankt die Schweiz ihr Dasein, ihren Wohlstand, die Freiheit und die Sicherheit ihrer Bürger.

Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es uns gelingt, Europa zu bauen, um dem zu dienen, was uns auf Erden das Höchste ist: Dem Frieden und der Freiheit.